

GEWALTPRÄVENTION

Wer schlägt, muss gehen

Das Gewaltschutzgesetz ist die wichtigste rechtliche Handhabe gegen Gewalt in der Familie. Es hat seine Anforderung voll erfüllt. Experten zogen bei einer Fachtagung der Wiener Interventionsstelle Bilanz.

Für Innenminister Dr. Ernst Strasser stehen die Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie "für einen völlig neuen Beginn in Europa für erfolgreiche Gewaltbekämpfung im privaten Bereich." Häusliche Gewalt galt lange Zeit als Tabu. Früher mussten die Opfer, in der Regel die Frauen, die Wohnung verlassen; jetzt muss der Täter raus: 90 Prozent der Gewalttäter sind männlich. "Der Anspruch der Menschen auf Sicherheit darf nicht vor der Wohnungstür enden. Der Staat hat Sicherheit im privaten Bereich zu gewährleisten", sagte Strasser. Mit dem Gewaltschutzgesetz sei ein klares, entscheidendes Signal gesetzt worden; "Gewalt im häuslichen Bereich ist keine Privatsache", betonte der Minister. Die Gewaltschutzbestimmung (§ 38a Sicherheitspolizeigesetz), seit 1. Mai 1997 in Kraft, bietet der Exekutive die rechtliche Handhabe, Gewalttäter aus der Wohnung zu weisen und über sie ein Betretungsverbot bis zu zehn Tagen zu verhängen. Das Verbot kann durch eine einstweilige Verfügung des Bezirksgerichts bis zu drei Monaten verlängert werden. Die Exekutive verständigt die Interventionsstelle über jede Wegweisung einer gewalttätigen Person oder jedes Betretungsverbot. Die Beraterinnen der Betreuungsstelle nehmen Kontakt auf mit den Opfern und bieten Hilfe an. "Einmischung ist das oberste Gebot, wenn es darum geht, Gewalt zu beenden", sagt Rosa Logar, Geschäftsführerin der Wiener Interventionsstelle. Und sie mischen sich immer öfter ein. Die Zahl der Wegweisungen/Betretungsverbote in Wien hat zugenommen. Im ersten Jahr (1998) wurde die Beratungsstelle in 188 Fällen aktiv, 1999 waren es 548 Fälle und 2000 schon 986. Die meisten Opfer vermittelte die Polizei an die Interventionsstelle.

"80 bis 100 Einsätze der Sicherheitswache pro Tag, etwa ein Viertel aller Einsätze, erfolgen bei Gewalt in der Familie", sagte Major Bernhard Stiedry von der Wiener Polizei. Er wünscht sich eine gesetzliche Regelung, dass die Polizei Gewaltopfer auch vor Psychoterror des Täters schützen kann. Etwa ein Drittel der Gewaltopfer in Wien sind Migrantinnen. Seit 1998 ist die Zahl der hilfeschuchenden Zuwanderinnen angestiegen. Das ist darauf zurückzuführen, dass in der Interventionsstelle Beratung in Türkisch, Armenisch, Serbisch, Kroatisch und Bosnisch angeboten wird. "Die Probleme beginnen für die Frauen erst danach", sagt Tamar Çitak, die Einwanderinnen in ihrer Muttersprache betreut. "Viele ziehen die Anzeige gegen ihren Mann wieder zurück, da sie von ihm existenziell abhängig sind", erläutert die Beraterin. Çitak fordert für Migrantinnen ein eigenständiges, vom Ehemann unabhängiges Aufenthalts- und Beschäftigungsrecht, damit sie nicht gezwungen sind, beim gewalttätigen Ehemann zu bleiben. Die Wegweisung des schlagenden Ehemanns ist eine Erste-Hilfe-Lösung, das Problem ist dadurch nicht gelöst. Gewalttätige Männer hören nicht von selbst auf zu misshandeln; meist wiederholen und steigern sie ihre Gewalttätigkeiten oder üben Psychoterror auf die Frauen aus. Männer gehen nicht freiwillig in eine Beratungsstelle; erst, wenn sie sich dazu gezwungen sehen, weil die Beziehung auf dem Spiel steht, oder weil das Gericht es anordnet.

Täterarbeit

Die Männerberatungsstelle in Wien hat voriges Jahr mit einem achtmonatigen Trainingskurs für Gewalttäter begonnen. Die Klienten wurden von Gerichten und Beratungsstellen zugewiesen. "Die Täterarbeit beginnt langsam Fuß zu fassen, viele Stellen wissen nicht, dass es uns gibt", sagt Dieter Schmoll von der Männerberatungsstelle. Deren Aufgabe besteht in der Gewaltprävention: zu verhindern, dass Männer Gewalt ausüben, und in der Täterarbeit: zu verhindern, dass sie weiter gewalttätig sind. "Viele Männer sind nicht interessiert, sich zu ändern", sagt Schmoll. Das hänge mit dem herrschenden Männlichkeits-Leitbild zusammen, das auf Härte, Macht, Kontrolle und dem Verleugnen eigener Schwächen basiere; und das ein Leitbild von Partnerschaft propagiere, in dem Männer Dominanz über Frauen und Kinder ausüben.

Weißer Schleife

Die Berater arbeiten im Rahmen der Kampagne White Ribbon am Männerbild: Männer ohne Gewalt. Als sichtbares Zeichen tragen sie einen Anstecker mit einer weißen Schleife. Viele Gewalttäter sind sich der Tragweite ihres Handelns oft nicht bewusst. Oskar Anderl von der Kriminalpolizeilichen Beratung Wien spricht mit Gewalttätern. Er versucht, ihnen das Unrecht ihrer Tat bewusst zu machen und führt ihnen vor Augen, welche Konsequenzen sich für ihn und das Opfer ergeben. "Wenn der Täter nach dem Gespräch ein schlechtes Gewissen hat, betrachte ich es als Erfolg", sagt Anderl.

Für Dr. Albin Dearing, den Vorsitzenden des Präventionsbeirats im Innenministerium, gehört die Exekutionsordnung überarbeitet, die maximale Schutzdauer auf sechs Monate hinaufgesetzt, die Schutzwürdigkeit über die Familie ausgedehnt und die Regelung geschaffen, dass die Exekutive auch beim Folgevollzug einschreiten kann – wie etwa bei der Überwachung der Bannmeile.

Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie gibt es in allen Landeshauptstädten. Sie werden vom Innenministerium und vom Ministerium für soziale Sicherheit und Generationen finanziell unterstützt. Innenminister Strasser lobte die Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und den Interventionsstellen: "Es ist wichtig, dass dieses sensible Thema von zwei unterschiedlichen Gesichtspunkten bearbeitet und gemeinsam Lösungen gefunden werden."

Siegbert Lattacher